

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Gemeinsame soziale Standards für alle Europäerinnen und Europäer

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die Bewältigung der Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise, die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und der soziale Schutz gehören für die Europäerinnen und Europäer zu den wichtigsten sozialpolitischen Herausforderungen, da viele Menschen aufgrund wachsender Ungleichheiten nach wie vor sozial benachteiligt sind.
2. Die EU muss noch stärker die Interessen der Einwohnerinnen und Einwohner in den Mittelpunkt stellen. Die Schaffung verbindlicher sozialer Standards ist dafür unerlässlich. Nur durch ein Mehr an Solidarität kann die Ungleichheit verringert und die Akzeptanz noch weiter gesteigert werden. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern begrüßt, dass mit dem 20-Punkte-Programm der Sozialen Säule die Sozial-, Beschäftigungs- und Gesundheitspolitik der EU gestärkt werden soll.
3. Die Bundesregierung ist in der Pflicht, die Europäische Kommission bei der Gesetzgebung zu unterstützen, da die in der Sozialen Säule verankerten Prinzipien Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang, faire Arbeitsbedingungen, Sozialschutz und soziale Inklusion bisher noch keinen Eingang in das Primärrecht der EU gefunden haben.
4. Der Richtlinienvorschlag der Kommission über transparente und verlässliche Arbeitsbedingungen als eine der wichtigsten Maßnahmen zur Umsetzung der Sozialen Säule wird unterstützt.
5. Die im Vorschlag der EU-Kommission für den Mehrjährigen Finanzrahmen der EU nach 2020 vorgesehene Kürzung des Anteils der Kohäsionspolitik am EU-Haushalt wird abgelehnt.

- II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass
1. die Europäische Kommission in ihrem Vorhaben, Mindeststandards im Sozial- und Beschäftigungsbereich zu schaffen, unterstützt wird.
 2. zur weiteren Stärkung der Sozialen Säule unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips geprüft wird, inwieweit eine soziale Fortschrittsklausel in das EU-Vertragswerk aufgenommen werden kann.
- III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, für eine bundesweit wirksame Umsetzung und Kontrolle der Arbeitnehmer-Entsenderichtlinie einzutreten.
- IV. Der Landtag fordert die Landesregierung weiterhin auf,
1. sich beim Bund für die Ausgestaltung der Regelungsinhalte des am 13. März 2018 durch die EU-Kommission vorgeschlagenen Pakets zur sozialen Gerechtigkeit einzusetzen. Der Landtag ist bis zum Ende des II. Quartals 2019 über den Stand der geplanten Umsetzungsmaßnahmen zu informieren und
 2. aufzuzeigen, welche sicheren, transparenten und verlässlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, um allen Einwohnern Mecklenburg-Vorpommerns das Recht auf Weiterbildung und die Teilnahme an Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung zu ermöglichen.

Simone Oldenburg und Fraktion

Begründung:

Der Antrag basiert auf einem gemeinsamen Antrag von SPD und DIE LINKE im Landtag von Brandenburg.

Die EU-Mitgliedstaaten haben sich zur Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen verpflichtet. Mit den zwanzig in der Sozialen Säule niedergelegten Prinzipien im Sozial-, Beschäftigungs- und Gesundheitsbereich wurde ein klares Signal gesetzt. Um neue Mindeststandards einzuführen, bedarf es der verbindlichen Festschreibung. Denn nur, wenn die sozialen Grundrechte direkt in die EU-Verträge geschrieben werden, sind sie für EU-Institutionen und alle EU-Länder gleichermaßen gültig. Die Entsenderichtlinie, die Richtlinie über verlässliche Arbeitsbedingungen und das Paket zur sozialen Gerechtigkeit sind wichtige Bausteine für ein sozialeres Europa und wirken europaweit zunehmenden rechten Tendenzen entgegen.

Die zunehmende Digitalisierung erfordert eine andere Art der Regulierung des europäischen Arbeitsmarktes. Deshalb sind transparente Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Arbeitsmarkt flexibel halten und vergleichbare Wettbewerbsbedingungen schaffen. Das Wettbewerbsrecht darf nicht die öffentliche Daseinsvorsorge der Länder und Kommunen aushebeln.